Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Der Oldenburgische Volksfreund

Oldenburg

No. 73, 12. September 1849

urn:nbn:de:gbv:45:1-4866

Visual Library

№ 73. Oldenburg, September 12. 1849.

Der Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

Oldenburg und die preußische Regierung.

Mehrere Mitglieder des aufgelös'ten ersten allgemeinen Landtags haben in einer Beilage zu den Old. Anzeigen ihre Gründe dargelegt, weshalb sie für den Anschluß an das Dreikönigsbündniß gestimmt haben. Wir wollen diese Gründe dafür, die größtentheils die allgemein bekannten sind, nicht weiter besprechen; sondern vielmehr einen Grund, der von der gegnerischen Seite geltend gemacht wurde, sich nicht anzuschließen, und der auch in der genannten Beilage berührt wird, näher in's Auge fassen.

Dieser ist der Widerwille gegen die preußische Regierung. Dieser Widerwille ist allerdings gerechtfertigt. Es braucht wohl nicht ausgeführt zu werden, woher dieser Widerwille entstanden ist; es lebt noch in Aller Gedächtniß. Aber kann dieser Widerwille ein triftiger Grund sein gegen den Anschluß? Darf überhaupt persönliche Abneigung oder Vorliebe gegen oder für eine Regierung in politischen Dingen mein Handeln bestimmen, wo es sich nur um die Verhältnisse der Staaten zu einander handelt? Nimmermehr. Oder ich müßte auf einer solchen Höhe der Macht und der Unabhängigkeit stehen, daß ich fordern könnte, nur mit den Personen, die ich bezeichnete, unterhandeln zu wollen. Wenden wir dies auf uns an, so müßten wir Oldenburger die Macht besitzen, das preußische Ministerium Brandenburg-Manteuffel zu stürzen und ein anderes an dessen Stelle zu setzen. Da wir nun offenbar zu schwach dazu sind, so müssen wir uns schon gefallen lassen, mit denen in Unterhandlung zu treten, die gegenwärtig am Ruder sind. Gesetzt, wir könnten einen vortheilhaften Handelsvertrag mit Rußland schließen; sollten wir es deshalb unterlassen, weil wir gegen die russische Politik und ihre augenblicklichen Vertreter erbittert sind?

Wird dagegen eingewandt, es seien nicht gerade die Personen, der König mit seinem Ministerium, die von dem Anschluß abmahnten, sondern die ganze preußische Politik, die stets unredlich handle, so verläßt man schon den persönlichen Standpunkt und wendet sich gegen das preußische Wesen überhaupt. Diejenigen, welche gegen dieses preußische Wesen eingenommen sind und daher nicht beitreten wollen, müssen konsequent auch gegen die Reichsverfassung sein, die Preußen an die Spitze beruft. Preußen, als den bedeutendsten Staat des Bundes, der größer ist als alle übrigen Staaten des (engeren) Bundes zusammengenommen, kann man nun einmal doch nicht los werden; es wird stets an die Spitze treten müssen.

Mehrere von der Linken haben indeß zugestanden, daß sie das preußische Volk achteten und ehrten, und daß nur die gegenwärtigen Machthaber ihr Vertrauen nicht besäßen. Nun ist aber der Weg, den das Ministerium seit der Ablehnung der Reichsverfassung eingeschlagen und mit Eifer verfolgt hat, von der preußischen Volksvertretung fast einstimmig gebilligt; Volk und Regierung sind also im Punkte der deutschen Politik eins; folglich fallen auch alle Vorwürfe, die man dem Ministerium macht, auf das Volk zurück; und Alle, die mit dem Ministerium in Preußen wegen seines Verhaltens in der deutschen Sache unzufrieden sind und nichts mit ihm zu thun haben wollen, müssen nun auch mit dem Volk unzufrieden sein und nichts mit ihm zu thun haben wollen; das heißt, sie müssen keinen Bundesstaat wollen, an dessen Spitze Preußen steht; und das ist so viel, als den Bundesstaat gar nicht wollen.

Landesbibliothek Oldenburg

Wollen wir aber diesen, wie er jetzt noch möglich ist, so müssen wir mit Manteuffel unterhandeln, mag er uns so widerwärtig sein, wie er will. Allein stehen können wir nun einmal nicht. Mit dem Fürsten Schwarzenberg in Wien oder Olmütz in Verbindung zu treten und ihm eine Allianz mit Oldenburg anzutragen, dürfte doch noch mehr gegen sich haben, da die augenblickliche österreichische Politik noch weniger Sehnsucht bei uns erwecken kann, von ihr geleitet zu werden, als die preußische; und unsere geographische Lage dürfte auch wohl nicht geeignet sein eine Verbindung mit Oesterreich zu empfehlen. Zu Preußen zieht uns die Nothwendigkeit der Verhältnisse; und wir sollten nicht mit Preußen unterhandeln, weil Manteuffel uns nicht gefällt? weil wir fürchten, er werde die deutschen Interessen verrathen? Werden wir dann seine Politik ändern, wenn wir nicht beitreten? und werden die kleinen Staaten nicht immer die Sünden der größern mit zu tragen haben? Werden die Verhältnisse der Staaten zu einander nicht bleibend sein, mag Gerlach, Manteuffel oder Waldeck Minister sein in Preußen?

Bringt nur schnell das Bündniß zu Stande, und die preußische Politik wird und muß eine deutsche werden. =

Anleitung Deputirter zu werden.

Ein Gespräch.

A. Ja wahrhaftig, Du sollst auch Deputirter werden.

B. Ich Deputirter? ich verstehe ja nichts von Staatsgeschäften.

A. Du Narr, das ist ganz einerlei; Du stimmst so, wie ich stimme — das ist Alles. Intelligenz brauchen bloß die Führer zu besitzen.

B. Aber wer wird mich wählen? Die Leute, die mich kennen, wissen nichts von mir zu sagen, als daß ich ein Bummler bin; und reden kann ich auch nicht, um mich dem Volke zu empfehlen.

A. Nur nicht ängstlich! Ich werde Dir schon einige Anweisung geben. Wir haben jetzt herrlichen Stoff, um das Volk zu bearbeiten; und die schönen Redensarten kannst Du ja aus den freien Zeitschriften lernen.

B. Ja, so von „Volkssouverainität," „das Volk ist mündig," —

A. Ganz recht, sehr gut! Das ist gerade der richtige Ton. Immerfort sprich von der hohen Bildung des Volks: „meine Herren, ich brauche es Ihnen nicht erst zu erklären, der gesunde Sinn des Volks findet stets das Richtige" u. s. w. — Damit versieht es eben unsere dumme Gegenpartei, die will immer das Volk belehren und aufklären; aber das Volk hat die Schmeichelei viel lieber, als Belehrung und Aufklärung.

B. Aber nun sage mir einmal, was sind denn die Hauptsachen, womit man das Volk packen kann? Ohne Zweifel die Auflösung des Landtages und das Dreikönigsbündniß?

A. Davon verspreche ich mir nicht viel. Das ist im Ganzen zu hoch für das Volk. Höchstens könntest Du sagen: Wir wollen nicht unter die preußische Fuchtel, wir wollen unsere Oldenburgische Flagge behalten; wir wollen Oldenburger und Deutsche, aber keine Preußen werden. Je nach den Umständen könntest Du auch etwa bemerken: Wir wollen unsern geliebten Landesherrn behalten und nicht dem Könige von Preußen die blutbefleckte Hand küssen. Dadurch würdest Du vielleicht einen recht guten Effekt, namentlich bei den ältern Leuten, hervorrufen; zumal wenn Du dann auch zugleich die gute alte Zeit rühmtest, nach Anleitung von № 74 der Fr. Bl. — Die Auflösung des Landtags ist im Ganzen sehr flau aufgenommen worden, und es läßt sich nicht viel damit machen, höchstens die Bemerkung: Wenn man nur das Wohl des Volks im Auge hat und nicht scherwenzelnd allen Gelüsten und Launen der Obern nachgiebt, dann heißt es gleich: „Rebellen seid ihr Alle gegen Kaisers Gesetz und nährt verwegene Empörung." — Der Hauptpunkt aber, den Du vor Allem in's Auge fassen mußt, das ist das Militär. Dadurch allein kannst Du Dich ganz populär machen.

B. Wie meinst Du? Soll ich etwa die Verkehrtheit unserer Stellvertretung und dagegen die Vortrefflichkeit des preußischen Landwehrsystems schildern?

A. Um Gotteswillen, lieber Freund, nichts darüber, nichts von den allgemeinen deutschen Militärverhältnissen, nichts von der Stellung Oldenburgs zu denselben! Um Gotteswillen nichts von den vergeblichen Bemühungen unserer Regierung, wie sie wiederholt und dringend in Frankfurt darauf angetragen hat, man möge uns die Errichtung des Cavallerie-Regiments erlassen! Nur gleich von vorn herein frischweg darauf losgezogen! „Die rohe Soldateska, welche das Mark des Landes aussaugt! Das theure Cavallerie-Regiment! Uns blutet das Herz, wenn wir sehen, daß der Schweiß, die Arbeit, das Gold des Landes nur dienen, den Glanz dieses Standes zu erhöhen, ihm selbst die Fesseln zu schmieden, welche sein Glück und seinen Wohlstand binden und zerdrücken. Vor vierzig Jahren zählte Oldenburg 101 Soldaten, und das Land war ruhig, schuldenfrei und glücklich ꝛc."

Landesbibliothek Oldenburg

B. Aber da hat ja die Gegenpartei ein leichtes Spiel, wenn sie mir mit Recht erwiedert: Die Verhältnisse haben sich geändert, die stehenden Heere sind einmal in Deutschland, wie in ganz Europa, eine, wenn auch traurige, Nothwendigkeit geworden; Oldenburg kann und darf nicht allein und zuerst die Entwaffnung vornehmen; es muß jetzt so gut wie die übrigen kleinen deutschen Staaten sein Militär halten, und würde im Falle der Weigerung mit Gewalt zur Erfüllung seiner Bundespflicht gezwungen werden.

A. Ach, davon versteht das Volk doch nichts; das glaubt es auch gar nicht. Das leuchtet ihm aber ein, wenn man ihm sagt: So viel Geld kostet das Militär; eure armen Söhne werden von dem Pfluge weggenommen und in die Zwangsjacke gesteckt ꝛc. Das erweckt Liebe und Vertrauen, wenn man dem Volke sagt: Seht, ich fühle mit Euch den furchtbaren Druck der Last; ich will Euch Hülfe, ich will Euch Erleichterung verschaffen.

B. Aber ich kann ihnen nachher auf dem Landtage doch nicht helfen. Selbst unserer Regierung sind ja in Militärangelegenheiten die Hände gebunden.

A. Einerlei, Du kannst wenigstens auf dem Landtage gegen das Militär sprechen, und dann hast Du Dein Gewissen salvirt.

B. Aber das heißt denn doch eigentlich dem Volke Sand in die Augen streuen!

A. Nicht doch, das heißt die Sache im Lichte der Freiheit betrachten! — Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Civilliste. Damit läßt sich viel anfangen. So viel Geld für den einen Mann! 170,000 Thaler! Ein armer Arbeiter, der das ganze Jahr über im Schweiße seines Angesichts arbeitet, hat kaum 150 Thaler!

B. Aber in Bremen und Hamburg da leben auch steinreiche und blutarme Leute neben einander; und die übrigen deutschen Fürsten haben verhältnißmäßig eine noch größere Civilliste als unser Fürst.

A. Das gehört hier gar nicht her. Du sagst ganz einfach: Der Fürst lebt von dem Mark des Landes ꝛc.

B. Aber wenn sie mir nun erwiedern, die Civilliste sei einmal von dem vorigen Landtage bewilligt; die ganze Sache sei eine Rechtsfrage, die bereits rechtlich zwischen Fürst und Land geschlichtet worden sei.

A. Mann, was hast Du für einen Begriff vom Volke! Was weiß das Volk von dem Anrechte des Fürsten auf die Domänen, von den Verhandlungen des vorigen Landtages und dergleichen? — Raisonnire Du nur dreist über die hohen Einkünfte des Hofes; — sprich, Du wollest sparen für das Volk und dergleichen — und die Liebe und das Vertrauen des Volkes ist Dir gewiß.

B. Das scheint mir doch nicht ehrlich gehandelt. Könnte ich nicht lieber so im Allgemeinen von Ehre und Freiheit und von der Frankfurter Reichsverfassung sprechen?

A. O ja, das kannst Du allerdings auch thun; — aber für jetzt, namentlich in Rücksicht auf unsern Provinzial-Landtag, ist es besonders wichtig, daß Du die Leute bei ihrer Geldliebe packst und ihnen die zu erreichende Freiheit namentlich als Freiheit von Abgaben darstellst. — Du mußt ihnen schlechterdings lockende Versprechungen in materieller Hinsicht machen, wie jener französische Präfect in seiner Proclamation an die Oldenburger im Jahre 1810: „Eure Haiden sollen in blühende Saatfelder verwandelt werden," oder wie Brentano: „Freiheit, Bildung und Wohlstand für Alle" u. dergl.

B. Aber wird das Volk mir trauen, es ist schon so oft von seinen Führern getäuscht worden?

A. Ach, das Volk hat einen unverwüstlichen Glauben, das läßt sich immer wieder von Neuem anführen. Freilich mußt Du aber dabei Zeit- und Ortsverhältnisse berücksichtigen. Sprichst Du auf dem Lande, so mußt Du klagen, daß alle Lasten auf dem Grundbesitzer ruhten, während die Städter fast ganz frei ausgingen. In den Städten redest Du davon, wie ihre Interessen, die Interessen des Handels und der Gewerbe von der Regierung vernachlässigt würden. Vor Arbeitern sprichst Du von der Tyrannei der Landbesitzer; vor diesen rühmst Du die Urwüchsigkeit und Kraft unseres Bauernstandes, als der ersten Stütze des Staates. — Durch alle Deine Reden mußt Du endlich ein gewisses Mißtrauen gegen das bestehende Ministerium durchblicken lassen, freilich mit vieler Vorsicht, etwa so: Unsere Minister sind gewiß brave Männer, die es wohl mit dem Volke meinen; aber es fehlt ihnen die Entschiedenheit und Energie des Charakters, um den höchsten Wünschen und Neigungen entgegen zu treten. Wir achten sie als Beamte, als treue Arbeiter; — aber an der Spitze des Staates da müssen wir doch andere Männer sehen, Männer, die ihr ganzes Leben der Freiheit und dem Wohl des Volkes mit Todesverachtung hingäben u. s. w. Ein Sturz des jetzigen Ministeriums scheint uns über kurz oder lang leider unvermeidlich.

B. Na ich verstehe schon; — und dann, wenn es so weit gekommen ist, dann wird der Mann des Volks mit seinen Genossen das Portefeuille in die Hand nehmen. Na, ich gratulire, Herr Minister!

A. Danke, lieber Junge! Versuche Du nun mit Gott Dein Heil; dann werde ich muthig in den Kampf gehen, wenn ich weiß, Du stehst mir zur Seite. — Für heute lebe wohl; ich habe jetzt noch mit einigen andern Freunden das Wohl des Vaterlandes zu berathen! —

Landesbibliothek Oldenburg

Berichtigung und Erläuterung.

In den Bericht über die Verhandlungen des Landtags vom 1. September haben sich, wie die Ansicht der stenographischen Protokolle ergiebt, einige Irrthümer eingeschlichen, was leicht möglich war, da die Verhandlungen, die einen Zeitraum von 7 Stunden einnahmen, nur nach dem Gedächtniß niedergeschrieben sind, indem bei der übergroßen Zahl der Zuhörer keine Möglichkeit da war, mit der Feder in der Hand die Redner zu begleiten.

Herr Wibel I. sagt in Bezug auf den „Knechtsdienst": „Ein Gothaer Abgesandter, der auch in Frankfurt uns vertrat, hat uns den Gedanken zurückgebracht, er wolle Knechtsdienste thun, um dadurch zur Freiheit zu gelangen. Ich weiß, das Wort ist vielfältig mit Hohn wiederholt worden; ich habe diese Auffassung nicht getheilt; ich kann mich wohl auf einen Standpunkt als Einzelner stellen, daß jenes Wort einen tiefen, ehrenwerthen Grund hat, aber auch nur für den Einzelnen, nämlich Knechtsdienste zu thun für die Brüder. Wir aber ständen hier in diesem Saale dann vielmehr vor der Frage: Wollen wir unser Volk Knechtsdienste thun lassen? — und da wird die Antwort eine andere sein. . . . . Bleiben wir fern von einem Bündnisse, von welchem sein wärmster Lobredner uns nichts verheißt als Knechtsdienste." (S. 250.) Indem wir damit die Darstellung in № 71 dieses Blattes berichtigen, erlauben wir uns zugleich Hrn. Wibel zu berichtigen. Hr. v. Buttel hat die bekannte Aeußerung in einem Briefe an seine Wähler von Frankfurt aus gemacht, und nicht von Gotha, wie die Worte des Hrn. Wibel uns glauben lassen, zurückgebracht. Ferner steht sie gar nicht im Zusammenhang mit dem Dreikönigsbündniß, sondern betrifft den Zusatz Welckers in der N.-V. am 26. Mai, wornach jede Einmischung der Fremden zur Durchführung der Reichsverfassung entschieden zurückgewiesen werden soll. Es ergiebt sich daraus auch von selbst, daß die Worte, daß Hr. v. Buttel „als der wärmste Lobredner des Bündnisses uns nichts von ihm verheißt als Knechtsdienst," eine Unrichtigkeit enthalten. Herr v. Buttel wußte, als er in Frankfurt den Brief schrieb (Mai 29), noch nichts von dem Dreikönigsbündniß, das erst am 28. Mai verkündigt wurde.

Ferner hat Hr. Wibel I. des Cavallerie-Regimentes nicht in der Weise und zu dem Zwecke erwähnt, wie in № 71 steht. Er hat davon gesprochen, um auf einen Widerspruch aufmerksam zu machen, in den die Regierung gefallen sei. Die Worte lauten: „Da möchte es denn zunächst Ueberraschung erregen, daß wir in dem Schreiben des Staatsministeriums vom 23. August bei der dringenden Mahnung an Erstattung unseres Ausschußberichtes hören mußten, es seien immer dringender sich gestaltende politische Verhältnisse, die zu dem Antrage nöthigen, während sechs Tage später an derselben Stelle bei Gelegenheit des Antrags über Sistirung der Anschaffungen für das Cavallerie-Regiment, das Ministerium von den augenblicklich weniger dringend erscheinenden politischen Verhältnissen sprach." Der anscheinende Widerspruch wurde nachher von Hrn. Mosle gelös't. Darauf angespielt hat indeß Hr. Wibel in den Worten, die gegen den Schluß seiner Rede stehen: „Eben so wenig brauchen wir einen Oberbefehl über unser Heer, das wir die Freude haben reducirt zu sehen auf den Bestand, der die Kräfte des Landes nicht übersteigt. So freudig die Verheißung von jener Reduction hier aufgenommen wurde vorgestern, so trübe müßte sie nach wenigen Tagen wieder in Nichts zerfallen, wenn heute beschlossen würde, was man in Berlin von uns fordert, was das Dreikönigsbündniß den Plan hat durchzusetzen mit Bajonnetten; denn anders geht es nicht."

Eine Bemerkung über die stenographischen Protokolle wollen wir hier beiläufig uns erlauben. Wir haben nämlich mehrere Ausdrücke, die wir bestimmt zu hören glaubten, in den Protokollen nicht wiedergefunden. Ist dies ein Versehen der Stenographen, die sie aufzuzeichnen vergessen haben? Oder sind sie bei der Correctur verschwunden? Oder haben wir uns verhört?

Widerlegung und Rüge.

Unter der Ueberschrift: „Ist das Parität?" wird in № 72 d. Bl. die Behauptung aufgestellt, daß den aus Schleswig zurückgekehrten Truppen während ihres Aufenthalts im Sundewitt, also während dreier Monate, nicht ein einziges Mal Gelegenheit geboten sei, einem evangelischen Gottesdienste beizuwohnen, und dieser Behauptung noch die Frage angehängt, wie das zu der, in d. Bl. gegebenen, dem Grafen Ranzow zugeschriebenen Versicherung stimme, daß die Prediger im Sundewitt sich auf Ersuchen bereit erklärt hätten, den Soldaten evangelischer Confession zu predigen?

Wir sind in den Stand gesetzt, hiermittelst zu erklären, daß sowohl evangelischer Gottesdienst für unsere Truppen, sowie für die Division, der dieselben angehörten, zu verschiedenen Malen und so oft es der Dienst erlaubte, stattgehabt hat, sowie auch, daß denjenigen Leuten, die es gewünscht, mehrfach Gelegenheit gegeben ist, das heil. Abendmahl zu empfangen, worüber die Quittungen für gelieferte Hostien ꝛc. uns selbst einsehen zu lassen man die Güte gehabt hat. Um einen schlagenden Beweis der Unwahrheit der obigen Behauptung zu geben, sind wir ermächtigt, das nachfolgende Antwortschreiben des Pastors Petersen zu Satrup, auf ein ihm für seine geistlichen Bemühungen übersandtes Honorar, an das oldenburgische Militair-Commando mitzutheilen:

„Mit dem größten Vergnügen habe ich mein geistliches Amt auch den deutschen Truppen gewidmet, ja ich habe es als eine Ehre anerkannt, von dem Herrn General dazu aufgefordert worden zu sein; um so mehr sehe ich die 5 Louisd'or als eine ehrenvolle Gabe und ein liebes Andenken an die deutschen Truppen an, das ich gewiß nicht verdient habe.

Satrup, Juli 21. 1849. gez. J. Th. Petersen."

Hiernach können wir nicht umhin, unser lebhaftes Bedauern darüber auszudrücken, daß der Einsender des Eingangs erwähnten Artikels in unserm Blatte eine gewissermaßen anklagende Behauptung aufgestellt hat, von deren völliger Grundlosigkeit nach Obigem wohl Jeder überzeugt ist. Wenn der Einsender vielleicht von einzelnen Militärs vage Aeußerungen in Betreff der beregten Angelegenheit vernommen hat, so berechtigt das noch nicht zu einer so allgemein gehaltenen Behauptung, und müssen wir es ihm selbst überlassen, wie er die zu Anfang seines Artikels gebrauchten Worte: „Die aus Schleswig-Holstein zurückkehrenden Truppen evangelischer Confession beklagen sich —", in welchen er gewissermaßen im Namen derselben redet, zu verantworten gedenkt. Die Redaktion.

Redakteur: H. Lambrecht. — Schnellpressendruck und Verlag: Schulzesche Buchhandlung.

Landesbibliothek Oldenburg

№ 74. Oldenburg, September 15. 1849.

Der Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

An den Herrn Münsterländer
im Beobachter vom 4. d. M.

Sie wünschen auch zu wissen, was ich wohl zu der Erklärung „einiger Wahlmänner des Amtes Damme" in № 60 des Volksfreunds, in der ich auch „als Verläumder erscheine," sagen würde, ohne Zweifel in der Hoffnung, daß hiervon noch ein günstiges Licht auf Ihren Schmäh-Artikel im Beobachter falle. Darum sollen Sie es erfahren; denn ohne Ihre Erinnerung würde Rede und Gegenrede längst dem Urtheile der Leser allein anheim gefallen sein.

Die Erklärung also bemerkt als „eine Unachtsamkeit," daß der Militärdienst der Söhne der Heuerleute nicht erwähnt sei. Der blieb aber nur deshalb unerwähnt, weil die Söhne der Colonen auch dienen müssen und die Stellvertretung durch Art. II. der Grundrechte aufgehoben ist.

Der Volksfreund sagte (in № 54): Bei alledem ist ihr (der Heuerleute) Leben so traurig geblieben, daß sie die Wahl der Wahlmänner mit einer Art von Desperation betrieben. Sie hatten sogar ihre Messer mitgebracht — diese schienen auch in Anwendung kommen zu sollen, als der Amtmann — noch glücklich beschwichtigte." Die Aufregung war also, ohne damit beschönigt zu werden, aus ihrer Desperation erklärt.

Die Erklärung erwiedert: Es sind allerdings heftige Wortwechsel vorgekommen, die der Herr Amtmann nicht zu beschwichtigen vermochte; aber Messer! nein, sind nicht zum Vorschein gekommen, sollten nicht angewandt werden, was mit dem Vorsitzenden zu bezeugen ist.

Worin liegt denn nun der so große Unterschied, worin die Verläumdung? Den Ruhm der Beschwichtigung wird der Amtmann gewiß einem Andern gern und ohne Neid zugestehn. Die eingeräumten „heftigen Wortwechsel" aber konnten den Schein, von dem der Volksfreund nur gesprochen hat, leicht erregen, und obwohl das Mitbringen oder Bei-sich-Führen von Messern nur eine angenommene Matrosensitte ist, so hat man doch dann und wann in Oldenburg von Verwundungen bei Streitigkeiten und von desfälligen unerlogenen Criminal-Untersuchungen in soweit gehört, um bei politischer Aufregung von jenem „Schein" sprechen zu dürfen.

Der Volksfreund fuhr fort: Desto eifriger betrieben sie nun die Wahl ihres Candidaten zum Abgeordneten, indem sie mit demselben bei einflußreichen Leuten herumzogen und ihn empfahlen.

Die Erklärung sagt: Bei einflußreichen Leuten sind wir nicht mit ihm herumgezogen; denn solche, wie brieflich zu erweisen ist, wandten sich bei unsrer großen Einheit an uns.

Nun ist doch aber mit dem „eifrigen Betreiben" noch kein Tadel ausgesprochen, und das Herumziehen und Empfehlen, wenn sich auch Jemand darüber moquiren wollte, bleibt doch immer ein constitutionelles Mittel. Daß sie aber herumgezogen sind, weiß der Volksfreund — und er kann das nöthigen Falls beschwören — aus dem Munde wenigstens eines jener einflußreichen Männer, bei dem sie gewesen waren, der auch kein Geheimniß daraus machte, darum aber, nach unserem Gefühle, noch nicht die Erlaubniß ertheilte, ihn hier zu nennen; wir bleiben selbst für Alles verantwortlich. Damit besteht sehr wohl, daß auch solche einflußreiche Männer sich brieflich an die Heuerleute gewandt haben, und ob das, was jener Herr ein Herumziehen nannte, auch den

Landesbibliothek Oldenburg